

## Soziale Ungleichheit, politische Ungleichheit und die Rolle der Stiftungen

Das 21. Jahrhundert droht ein Jahrhundert der Ungleichheit zu werden. Weltweit werden die Reichen reicher und die Armen ärmer. 62 Superreiche besitzen heute so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung (Oxfarm 2016). Das Land mit der größten Ungleichheit ist Südafrika, gefolgt von Kolumbien, Brasilien und China. Im Club der Industrieländer (OECD) haben die Türkei, Chile, Mexiko und die USA die größte Schiefelage.

In fast allen Ländern nahm die Einkommensungleichheit in den letzten 30 Jahren zu (OECD 2011, OECD 2015). Die Schere zwischen Arm und Reich öffnete sich sowohl in schlechten als auch in guten Zeiten. Vielerorts erreichen die Einkommensunterschiede inzwischen Rekordniveau. In den Industrieländern hat das reichste Zehntel ein zehn Mal höheres reales Haushaltsnettoeinkommen als die ärmsten zehn Prozent. In den 1980er Jahren war es lediglich das Siebenfache. Der Gini-Koeffizient, ein wichtiges Ungleichheitsmaß mit einer Skala von Null (maximale Gleichheit) bis Eins (maximale Ungleichheit), kletterte im gleichen Zeitraum für die Industrieländer um zehn Prozent auf 0,32 (OECD 2015: 23).

Am stärksten stieg die Ungleichheit – von sehr unterschiedlichen Niveaus ausgehend - in den USA, Neuseeland, Israel, Schweden und Deutschland. Einen geringen Anstieg verzeichneten Belgien, die Niederlande und Frankreich. In den letzten drei Jahrzehnten waren die Türkei und Griechenland die einzigen Industrieländer mit rückläufiger Ungleichheit. In beiden Fällen ist jedoch die Datenlage problematisch.

Anfang dieses Jahrtausends gelang es lediglich Schwellenländern wie Brasilien, Argentinien und Uruguay die Einkommensschere zu schließen.

Maßgeblicher Treiber der steigenden Ungleichheit waren die Spitzeneinkommen. Bis zur großen Finanzmarktkrise 2007 stiegen die realen Haushaltseinkommen der reichsten zehn Prozent stärker als diejenigen des ärmsten Zehntels

---

**Dierk Hirschel**, geb. 1970, Dr. rer. pol., Ausbildung zum Tischler, Studium der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Hamburg und Bremen, Promotion an der Leuphana Universität Lüneburg, von 2003 bis 2010 Chefökonom des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), seit 2010 Bereichsleiter Wirtschaftspolitik der Gewerkschaft Ver.di, zahlreiche Veröffentlichungen in überregionalen Tageszeitungen.

**GND:** 12497225X

---

**DOI:** [10.18156/eug-1-2016-art-5](https://doi.org/10.18156/eug-1-2016-art-5)

(OECD 2015: 21). In den USA floss vier Fünftel des gesamten Einkommenszuwachses in die Taschen der reichsten zehn Prozent, in Großbritannien war es die Hälfte. Noch stärker kletterten die Einkommen der Superreichen, des reichsten ein Prozents. Am besten erging es den angelsächsischen und skandinavischen Topverdienern (OECD 2015: 21). In den USA verdoppelte sich der Einkommensanteil dieser Superreichen auf 20 Prozent. Nach der Finanzmarktkrise schnappten die Spitzeneinkommen kurz nach Luft, um dann wieder Tempo aufzunehmen.

Noch ungleicher wird die Welt, wenn Vermögen in den Blick genommen werden. Die Vermögensunterschiede sind in den letzten drei Jahrzehnten stärker gewachsen als die Einkommensunterschiede. Ursächlich war der lange Boom der Aktien- und Immobilienmärkte. Hinzu kommt eine riesige Welle großer Erbschaften und Schenkungen. Dieser große Vermögenstransfer von Alt zu Jung verläuft nach dem Matthäus-Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben. Folglich konzentriert sich immer mehr Vermögen in immer weniger Händen. In den Industrieländern besitzt das reichste Prozent heute fast ein Fünftel des gesamten Vermögens. Die reichsten zehn Prozent verfügen über die Hälfte des Gesamtvermögens. In Deutschland ist die Vermögenskonzentration besonders hoch (Grabka 2015). Zwischen München und Hamburg besitzt das reichste ein Prozent rund ein Drittel des gesamten Vermögens. Die reichsten zehn Prozent halten über zwei Drittel aller Vermögenswerte.

### ⇒ Ungleichheit schadet der Gesellschaft

Die steigende Ungleichheit ist sozial schädlich. Es gibt einen engen statistischen Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Lebensqualität. Mehr Ungleichheit schadet der Gesundheit, senkt die Bildungschancen, erhöht die Kriminalität und verringert die soziale Durchlässigkeit einer Gesellschaft. In Ländern mit geringen Einkommens- und Vermögensunterschieden gibt es eine höhere Lebenserwartung, weniger psychische Erkrankungen, weniger Drogenabhängige und weniger Gefängnisinsassen (Wilkinson 2010). Mehr Ungleichheit ist aber auch schlecht für die Wirtschaft. Die OECD schätzt, dass die Industrieländer zwischen 1990 und 2010 durch die steigende Ungleichheit insgesamt fünf Prozentpunkte Wachstum verloren haben (OECD 2015: 26).

Darüber hinaus schadet eine zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft der Demokratie. Die Sozial- und Demokratieforschung hat inzwischen hinreichend empirische Evidenz, dass Einkommen, Bil-

dung und Sozialkapital die politische Partizipation beeinflussen. Je höher das Einkommens- und Bildungsniveau, desto wahrscheinlicher ist es, dass sich Menschen politisch engagieren. Eine steigende soziale Ungleichheit wirkt sich hingegen negativ auf die politische Teilhabe der unteren sozialen Schichten aus (Schäfer 2015).

In Deutschland ist die Wahlbeteiligung seit den 80er Jahren gesunken. Bei der Bundestagswahl 2013 gab es mit 71,5 Prozent die zweitschlechteste Wahlbeteiligung in der Geschichte der Bundesrepublik. Von knapp 62 Millionen Wahlberechtigten gingen über 17 Millionen nicht zur Wahl (Schäfer 2013). Eine niedrige ist zugleich eine sozial ungleiche Wahlbeteiligung. Die Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen Arm und Reich werden immer größer. Bei der Bundestagswahl 1983 wählte das oberste Drittel nur unwesentlich häufiger als das untere Drittel. Der Unterschied in der Wahlbeteiligung lag bei vier Prozentpunkten. Bei den Bundestagswahlen 2009 vergrößerte sich diese Differenz auf 26 Prozentpunkte (Schäfer 2013).

Die sozial ungleiche Wahlbeteiligung spiegelt sich auch regional wieder. Je ärmer ein Stadtteil, desto weniger Bürger gehen dort wählen. Im reichen Kölner Stadtteil Hahnwald liegt die Wahlbeteiligung bei 88 Prozent. Im armen Stadtteil Chorweiler gehen nur noch 44 Prozent zur Wahl (Schäfer 2013). In Bremen wählen in den wohlhabenden Vierteln 90 Prozent. In den armen Ortsteilen geht nur noch jeder Zweite zur Wahl. Die sozial ungleiche Wahlbeteiligung führt dazu, dass die Interessen der Unterschichten strukturell unterrepräsentiert werden. Was für Deutschland gilt, lässt sich auf viele Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer übertragen. Mit steigender sozialer Ungleichheit verschärft sich die politische Ungleichheit.

### ⇒ Macht und Einfluss der Superreichen

Der wachsende private Reichtum verschaffte dem Club der Reichen zahlreiche Neumitglieder. Weltweit gibt es heute rund 15 Millionen Millionäre – davon 1,2 Millionen in Deutschland - mit einem Gesamtvermögen von 58,7 Billionen US-Dollar (Capgemini 2016). Seit 1996 hat sich das Vermögen der Millionäre vervierfacht.

Zum Club der Reichen gehören rund ein Prozent Superreiche mit einem Vermögen von über 30 Millionen US-Dollar. Diese Superreichen besitzen über ein Drittel des gesamten Millionärsvermögens (Capgemini 2016). Weltweit verfügen 1810 Milliardäre über ein Vermögen von 6,5 Billionen US-Dollar (Forbes 2016). Die Zahl dieser Milliardäre hat sich seit der Jahrtausendwende vervierfacht. In Deutschland le-

ben aktuell 123 Milliardäre mit einem Vermögen von 413 Milliarden US-Dollar (Wealth-X: 2015).

Der reichste Mann der Welt ist Microsoft-Mitbegründer Bill Gates mit einem Vermögen von 75 Milliarden US-Dollar. Auf Platz zwei ist der Modezar Amancio Ortega mit 67 Milliarden US-Dollar, gefolgt vom Finanzinvestor Warren Buffet mit 61 Milliarden US-Dollar und dem mexikanischen Telekom-Tycoon Carlos Slim Helu mit 50 Milliarden US-Dollar. Die reichsten Deutschen sind die Albrecht Erben Beate Heister und Karl Albrecht Jr. mit einem Vermögen von rund 26 Milliarden US-Dollar (Forbes 2016).

Die Quellen dieses gigantischen Reichtums sind die Finanzmärkte, Unternehmertätigkeit, Erbschaften und das organisierte Verbrechen (Krysmanski 2007). Unter den Superreichen befinden sich viele Pioniere des digitalen Wandels. Da digitale Güter kaum noch an Kapazitätsgrenzen stoßen, schafft der digitale Fortschritt so genannte Alles-oder-nichts-Märkte. Auf diesen Märkten können erfolgreiche Softwareentwickler gigantische Einnahmen erzielen.

Macht und Einfluss der Superreichen erstrecken sich auf Politik, Verwaltung, Medien und Kultur. Die neue und alte Geldelite lässt Spitzenmanager, Vermögensberater, Politiker und Wissenschaftler für sich arbeiten. Die Superreichen sichern ihren sozio-kulturellen Status durch vermehrten Luxuskonsum. Ihre Kinder gehen auf die besten Schulen und Universitäten. Die Superreichen haben ein Netzwerk aus Bildung und Kultur geschaffen, das teilweise stark an die höfische Gesellschaft des Absolutismus erinnert. So entstand eine Vermögenskultur, die heute in Stiftungen und Denkfabriken ihren institutionalisierten Ausdruck findet.

Diese Vermögenskultur profitiert von einer schwindenden staatlichen Handlungsfähigkeit. Die Reichtumskonzentration ging einher mit einem Zuwachs öffentlicher und privater Armut. Beide Entwicklungen sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Die Steuergeschenke für Spitzenverdiener, Vermögende und Unternehmen plünderten die öffentlichen Kassen. Allein in Deutschland fehlen Bund, Länder und Kommunen aufgrund der Steuersenkungen der Schröder- und Merkel-Regierung noch heute rund 45 Milliarden Euro jährlich (Rietzler 2014:8). Der organisierte Steuerbetrug des Geldadels tat ein Übriges. Die aktuellen Steuereinnahmen reichen nicht einmal aus, um die öffentliche Infrastruktur hinreichend zu finanzieren. Der kommunale Investitionstau beläuft sich auf über 130 Milliarden Euro. Von der öffentlichen Finanzierung von Kunst und Kultur ganz zu schweigen. Die Superreichen stoßen in die Lücke, die der Staat hinterlässt. Viele Reiche investieren in Soziales und Kultur, um

gesellschaftliche Anerkennung zu erhalten. Zu diesem Zweck gründen sie private Stiftungen.

Im letzten Jahrzehnt gab es einen Gründerboom privater Stiftungen. Heute existieren weltweit 200.000 philanthropische Stiftungen (Martens/Seitz 2015). Der Großteil der Stiftungen ist in den USA (86.000) und Westeuropa (85.000) beheimatet. In Deutschland gibt es 21.000 Stiftungen. Ihre Zahl hat sich seit der Jahrtausendwende verdoppelt. Das Fördervolumen und die Reichweite der Stiftungsaktivitäten nehmen jährlich zu.

Die international größte private Stiftung ist die Stiftung des Microsoft-Mitgründers Bill Gates und seiner Frau Melinda Gates. Sie verfügt über ein Stiftungsvermögen von 43 Milliarden US-Dollar. Auf den Plätzen zwei und drei folgen die Hongkonger Li Ka Shing Stiftung mit einem Vermögen von 8,1 Milliarden US-Dollar und die Gordon und Betty Moore Stiftung mit fast 6,4 Milliarden US-Dollar. Insgesamt verwalten die 5000 größten Stiftungen ein Vermögen von 560 Milliarden US-Dollar.

Der „Philanthropie-Kapitalismus“ hat aber noch viel Luft nach oben. Bill Gates und der Finanzinvestor Warren Buffett starteten 2010 eine internationale Kampagne, um die Spendenbereitschaft der Superreichen zu erhöhen. 138 Milliardäre aus 18 Ländern folgten dem Ruf der beiden US-Amerikaner. Die Superreichen kündigten an, mindestens die Hälfte ihres Vermögens für wohltätige Zwecke zu spenden. Einer dieser milliardenschweren Spender war Facebook-Gründer Mark Zuckerberg. Letzterer gründete 2015 seine eigene Stiftung. Zuckerberg will sukzessive 99 Prozent seiner Facebook-Aktien in seine Stiftung einbringen. Der aktuelle Gegenwert seines Aktienpakets beläuft sich auf 45 Milliarden US-Dollar. Die profitorientierte Stiftung soll Projekte für eine vernetzte Welt unterstützen.

In Deutschland haben die 300 reichsten deutschen Familien mindestens 140 Stiftungen gegründet. Die größten deutschen Stiftungen gehen auf Unternehmer der Old und New Economy zurück. An der Spitze steht die Else Kröner-Fresenius-Stiftung mit einem Vermögen von über sechs Milliarden Euro. Die Stiftung fördert bevorzugt biomedizinische Forschungsprojekte. Die Robert Bosch Stiftung ist über fünf Milliarden Euro schwer. Ihre Förderschwerpunkte sind Gesundheit, Wissenschaft, Gesellschaft, Kultur, Völkerverständigung und Bildung. Die Stiftungen der SAP-Gründer Dietmar Hopp und Klaus Tschira haben ein Stiftungsvermögen von 4,3 respektive 3,9 Milliarden Euro. Hopps Stiftung fördert die medizinische Forschung, Jugendsport und Biotechnologie. Tschiras Stiftung kümmert sich um Naturwissenschaften und Informatik.

## ⇒ Wirtschaftlicher Nutzen, Politik und Macht

Reiche Stifter verfolgen mit ihren Stiftungen unterschiedliche Ziele. Erstens sind Stiftungen für ihre Gründer häufig wirtschaftlich nützlich. Zweitens können die Superreichen mit Hilfe ihrer Stiftungen politischen Einfluss ausüben. Und Drittens sind die Stiftungen eine Form institutioneller Macht der Superreichen.

Superreiche können mit gemeinnützigen Stiftungen kräftig Steuern sparen. Wenn reiche Privatpersonen ihr Vermögen an eine Stiftung übertragen, zahlen sie in vielen Ländern keine Erbschafts- oder Schenkungssteuer. Hierzulande sind Einzahlungen in das Stiftungsvermögen bis zu einer Million Euro (Ehegatten zwei Millionen) als Sonderabgabe steuerlich absetzbar. Auf diese Weise subventioniert der Staat eine Spendenindustrie, deren Geld nach undemokratischen Maßstäben verteilt wird. Die Gemeinnützigkeit ist ein weites Feld. Als gemeinnützlich gelten beispielweise die Förderung von Kunst und Kultur, des Sports ebenso wie die Tierzucht.

Reiche können mit Hilfe einer gemeinnützigen Stiftung ihr Geld anlegen. Der überwiegende Teil des weltweiten Stiftungsvermögens ist in Aktien, Anleihen oder Immobilien investiert. Die erwirtschafteten Erträge müssen allerdings für den Stiftungszweck ausgegeben werden. Es dürfen aber auch Rücklagen gebildet werden. Ein Drittel der Erträge können für den Unterhalt des Stifters und seiner nächsten Angehörigen verwendet werden.

Stiftungen sind für ihre Gründer nicht nur wirtschaftlich nützlich, sie ermöglichen ihnen auch politisch Einfluss zu nehmen. Die Vermögenden finanzieren mit ihrem Stiftungsgeld nicht nur Hilfsprojekte sondern auch politische Aktivitäten. Sehr beliebt ist die Finanzierung von Denkfabriken. Hierbei handelt es sich um private Organisationen, die eigene politischen Analysen und Empfehlungen erstellen. Weltweit gibt es über 5000 solcher Denkfabriken. Durch wissenschaftliche Studien, Publikationen, Konferenzen, Kampagnen und direktes Lobbying beeinflussen reiche Stifter auf diesen Weg die öffentliche Meinung.

Ein schillerndes Beispiel hierfür ist die deutsche Bertelsmann-Stiftung (Schuler 2010). Anfang der 90er Jahre steckte der Medienunternehmer Reinhard Mohn den Großteil seines Betriebsvermögens in eine Stiftung. Die Bertelsmann-Stiftung wurde dadurch eine der reichsten Stiftungen der Republik. Die Familie Mohn steuert und kontrolliert ihre Stiftung. Die Bertelsmann-Stiftung gehört zu den einflussreichsten wirtschaftsliberalen Denkfabriken des Landes. Sie hat rund 350 Mitarbeiter, die ausschließlich stiftungseigene Projekte betreuen.

Die Bertelsmann-Stiftung privatisiert Politik. Sie streitet für mehr Markt und Wettbewerb. Bildung und Gesundheit sollen zu Waren werden. Inhaltlicher Schwerpunkt der Stiftung war der Umbau von Behörden, Schulen, Hochschulen und Krankenhäusern nach betriebswirtschaftlichen Kriterien. Diese Arbeit war sehr erfolgreich. Die Bertelsmann-Stiftung war Treiber von New Public Management, von Fallpauschalen im Gesundheitswesen, von Studiengebühren an den Universitäten und den so genannten Arbeitsmarktreformen der Schröder-Regierung. Der Bertelsmann-Konzern profitierte direkt von den markt-radikalen Reformen, die seine Stiftung vorantrieb. So erhielt die Bertelsmann-Tochter Arvato den Zuschlag für das erste PPP-Projekt einer öffentlichen Verwaltung. Sie baute für die Stadt Würzburg eine zentrale E-Government-Plattform.

Auch die großen US-amerikanischen Stiftungen beschränken sich nicht auf Hilfsprojekte, sondern werden politisch tätig. Sie engagieren sich beispielweise sehr stark in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Die Gates-Stiftung investiert in das Gesundheitswesen und die Landwirtschaft von Entwicklungsländern. Sie verteilt jährlich rund vier Milliarden US-Dollar. Das ist mehr Geld als die Weltgesundheitsorganisation ausgeben kann. So beeinflusst sie auf direktem Weg die Gesundheits- und Agrarpolitik der Empfängerländer. Zwangsläufig wurde aus der Gates-Stiftung ein großer Player der internationalen Gesundheitspolitik (Martens/Seitz 2015). Die Stiftung setzt bei der Lösung globaler Gesundheitsprobleme auf den Markt. Sie will den Hunger auf der südlichen Halbkugel durch Technologie, Wissen und Marktzugang bekämpfen. Deswegen setzt die Gates-Stiftung auf Gentechnik und kooperiert mit der Lebensmittel- und Agrarindustrie (Martens/Seitz 2015).

Die Stiftungen der Superreichen sind eine institutionelle Macht des Reichtums. Sie sind im Gegensatz zu staatlichen Institutionen weder demokratisch legitimiert noch transparent. Private Stiftungen sind gegenüber der Bevölkerung und den Empfängern ihrer Fördermittel nicht rechenschaftspflichtig. Sie müssen sich vor keinem Parlament oder Rechnungshof für den Einsatz ihrer Gelder rechtfertigen. Die Stifter haben Macht ohne Mandat. In der Bildungs-, Gesundheits- und Kulturpolitik übernehmen sie den Job demokratischer Regierungen. Häufig verbergen sich aber hinter ihrer philanthropischen Fassade private wirtschaftliche und politische Interessen. So wird die politische Ungleichheit verstärkt.

## ⇒ Fazit

In den letzten Jahrzehnten stieg die soziale Ungleichheit. Der wachsende private Reichtum brachte eine neue Schicht von Superreichen hervor.

Macht und Einfluss der Superreichen auf Politik, Verwaltung, Medien und Kultur haben anschließend zugenommen. Ein Ausdruck dieser Entwicklung ist der Gründerboom bei Stiftungen. Letztere profitierten nicht zuletzt von einem zunehmend verarmenden Staat, der viele seiner sozial- und kulturpolitischen Aufgaben heute nicht mehr wahrnehmen kann. Unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit können die Superreichen sowohl Steuern sparen als auch politisch und gesellschaftlich Einfluss nehmen. Einige private Stiftungen sind inzwischen eine institutionelle Macht des Reichtums geworden. Diese Macht ist nicht demokratisch legitimiert.

Hierbei handelt es sich um eine gesellschaftliche Fehlentwicklung. Bildung, Gesundheit und Kultur sind öffentliche Güter. Nichts spricht dagegen, dass Reiche mit ihrem Geld Gutes tun. Wenn aber die öffentliche Armut auch das Ergebnis steuerpolitischer Reichtumspflege ist, dann ist etwas faul im Lande. Deswegen muss privater Reichtum wieder höher besteuert werden, so dass der Staat wieder handeln und seine zentralen gesellschaftlichen Aufgaben wahrnehmen kann.



## ⇒ Literaturverzeichnis

Capgemini (2016): World Wealth Report 2016.

Forbes (2016): The world's billionaires

<http://www.forbes.com/billionaires/>

Grabka, M. M., Westermeier, C. (2015): Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland, in: DIW Wochenbericht Nr. 7/2015.

Krysmanski, Hans-Jürgen (2007): Der stille Klassenkampf von oben, Strukturen und Akteure des Reichtums, in: Utopie kreativ, Heft 205.

Martens, Jens/Seitz, Carola (2015): Philanthropic Power and Development, Who shapes the agenda?, Berlin.

<https://www.brot-fuer-die>

[welt.de/fileadmin/mediapool/2\\_Downloads/Fachinformationen/Sonstiges/study\\_philanthropic\\_power\\_and\\_development.pdf](https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Sonstiges/study_philanthropic_power_and_development.pdf)

OECD (2015): In it together: Why less inequality benefits all, Paris.

OECD (2011): Divided we stand – why inequality keeps rising, Paris

Oxfarm (2016): An Economy for the 1%

<https://www.oxfam.de/system/files/bp210-economy-one-percent-tax-havens-180116-en.pdf>

Rietzler, K. (2014): Anhaltender Verfall der Infrastruktur, IMK-Report 94. [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_94\\_2014.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_94_2014.pdf)

Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit, warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt a.M.

Schäfer, Armin (2013): Wahlbeteiligung und Nichtwähler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (bpb) vom 19. November 2013.

<http://www.bpb.de/apuz/172972/wahlbeteiligung-und-nichtwaehler?p=all>

Schuler, Thomas (2010): Bertelsmann Republik Deutschland, eine Stiftung macht Politik.

Wealth-X (2015): Germany Billionaire Population Fact Files  
[http://www.wealthx.com/wp-content/uploads/2015/07/Germany-Billionaire\\_Fact-File.pdf](http://www.wealthx.com/wp-content/uploads/2015/07/Germany-Billionaire_Fact-File.pdf)

Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.

---

**Zitationsvorschlag:**

**Dierk Hirschel, Verdi-Chefökonom** (2016): Soziale Ungleichheit, politische Ungleichheit und die Rolle der Stiftungen. (Ethik und Gesellschaft 1/2016: Vermögensungleichheit). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2016-art-5> (Zugriff am [Datum]).

---



**ethikundgesellschaft**  
**ökumenische zeitschrift für sozialethik**

**1/2016: Vermögensungleichheit**

Julian Bank

Leerstelle in der wirtschaftspolitischen Debatte? Die Piketty-Rezeption und Vermögensungleichheit in Deutschland

Hartmut Elsenhans

Polarisierung gefährdet Kapitalismus

Johannes Schmidt

Makroökonomische Wirkungen der Vermögenskonzentration

Eckhard Hein

Verteilungstendenzen im finanzdominierten Kapitalismus und ihre makroökonomischen Folgen

Dierk Hirschel

Soziale Ungleichheit, politische Ungleichheit und die Rolle der Stiftungen

Andreas Fisch

Gerechtfertigte Besteuerung von Vermögen und Erbschaften? Leitbilder für eine Steuerpolitik angesichts sozialer Ungleichheiten

Ulrich Klüh

Kapitalakkumulation durch Kapitalbesteuerung?  
Eine kontextuelle Analyse der Vermögensbesteuerung

Giacomo Corneo

Öffentliches Kapital: Ein evolutionäres Programm für mehr Demokratie und Wohlstand